Abend-Ausgabe

76. Jahrgang. Nr. 33 — Mittwoch, 20. Januar 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25241. Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011. Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.30 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.30 Mk. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. abz. Krisenabschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Amerika erwartet Europas Initiative

Hoover lehnt verbindliche Stellungnahme ab

Washington, 20. Jan. Das Staatsdepartement hat den amerikanischen Botschafter in Paris, Edge, ermächtigt, Laval mitzuteilen, daß die Vereinigten Staaten augenblicklich eine verbindliche Stellungnahme zur Frage einer Verlängerung des Schuldenmoratoriums ablehnten. Die Initiative müsse von den europäischen Staaten ausgehen, die unter sich eine Einigung erzielen und dann wieder an Amerika herantreten sollten.

Nach dem Pariser „Figaro" soll die Antwort Washingtons hervorheben, daß die Ansicht der amerikanischen Regierung dahin gehe, die europäischen Staaten könnten ihre Schulden bezahlen, wenn sie untereinander das Vertrauen wiederherstellen und ihre Rüstungskosten herabsetzen würden.

Sowohl die demokratischen als auch die republikanischen Parteiführer im Abgeordnetenhaus gaben Erklärungen ab, in denen sie sich erneut gegen eine Verlängerung des Moratoriums aussprachen.

Das Spiel mit der Lausanner Konferenz

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 20. Jan. Das Spiel um die Lausanner Reparationskonferenz nimmt immer groteskere Formen an. Man überlege sich, daß wir heute den 20. Januar schreiben und daß die englische Regierung zum 25. Januar nach Lausanne eingeladen hat. Während Deutschland und auch Italien sofort ihre generelle Zusage der englischen Regierung mitteilen ließen, hat sich Frankreich noch nicht bemüßigt gefühlt, überhaupt auch nur eine inoffizielle Antwort zu geben. Die Antwort ist auch nicht in der gestrigen Regierungserklärung Lavals enthalten.

Man kann sich vorstellen, welch tiefe Verstimmung schon aus Gründen des Prestiges im Foreign Office dieser französischen Haltung wegen Platz gegriffen hat.

Es ist nach früheren diplomatischen Begriffen nahezu unvorstellbar, daß eine Regierung die Unhöflichkeit besitzt, auf einen Vorschlag, der ihr offiziell seitens einer Großmacht seit Wochen vorliegt, bis fünf Tage vor dem angesetzten Termin überhaupt nicht zu reagieren.

Angesichts dieser Sachlage sind naturgemäß die Aussichten für das Zustandekommen der Lausanner Konferenz nahezu auf den Nullpunkt gesunken. Die deutsche Regierung hat zwar immer wieder durch ihre Legationen im Ausland ihren festen Willen zum Ausdruck bringen lassen, daß sie auf der Reparationskonferenz besteht. Aber ihr sind dabei die Hände gebunden, da formell die Einladung zur Lausanner Konferenz nicht von ihr, sondern von England ausgeht. Es blieb ihr daher nichts anderes übrig, als zu versuchen, die englische Regierung zu veranlassen, auch ihrerseits auf dem Stattfinden der Lausanner Konferenz zu beharren. Die englische Regierung selbst befindet sich aber in einer fast noch peinlicheren Lage, da sie sich weitgehend auf das Stattfinden der Konferenz festgelegt hat und nun seit Tagen Kompromißverhandlungen mit den Franzosen führen muß, um aus der üblen Situation einigermaßen glimpflich herauszukommen.

So kann es unter Umständen dazu kommen, daß die englisch-französischen Kompromißversuche in der Reparationsfrage auch Differenzen zwischen London und Berlin zur Folge haben,

daß also die französische Taktik das deutsch-englische Einvernehmen stört. Denn Deutschland wird niemals in der Lage sein, sich von seiner klaren Linie abbringen zu lassen und auf irgendwelche noch so konziliant frisierte französisch-englische Kompromisse, die in der Verlängerung des Hooverjahres gipfeln, einzugehen. In der Wilhelmstraße weiß man unter diesen Umständen nach wie vor noch keinen Ausweg. Irgendein erlösendes Wort muß aber gesprochen werden, da die Gefahr besteht, daß die französische Taktik erfolgreich ist und sich das hart umkämpfte Projekt der Lausanner Konferenz zur Freude der Franzosen in nichts auflöst. Infolgedessen dürfte es richtig sein, an autoritativer deutscher Seite baldmöglichst das Wort zu ergreifen und vor aller Welt festzustellen, wer schuld daran ist, daß die Reparationsfrage abermals auf die lange Bank geschoben wird, nicht nur zum Schaden Deutschlands, sondern auch zum weiteren Ruin der gesamten Weltwirtschaft.

England über Laval enttäuscht

London, 20. Januar. Zur Erklärung Lavals in der Kammer sagt „Daily Telegraph", daß die, die eine klare Darlegung der französischen Absicht erwartet hätten, enttäuscht seien. So enthalte die Rede nichts über Lausanne. Durch Frankreichs Schritt in Washington sei man auf den toten Punkt gekommen. Trotzdem müsse eine Konferenz der europäischen Mächte zusammengebracht werden, um endlich über die harten Tatsachen zu verhandeln. Englands und Italiens Ansicht stimmten auf jeden Fall überein. „Daily Mail" verargt es Frankreich nicht, wenn es angesichts der deutschen Handelsbilanz verlangt, daß Deutschland nach einiger Zeit wieder zahlen soll.

„Morning Post" sagt, England verstehe vollkommen die französischen Befürchtungen vor einer Wiedererholung Deutschlands. Es halte deshalb die Zusammenarbeit mit Frankreich für notwendig. Jedoch müsse es die Sorge um den eigenen Kredit berücksichtigen, der durch einen deutschen Zusammenbruch ernstlich gefährdet sei. In der City, so sagt „Financial News", hätten die Aussichten auf einen faulen Vergleich den Pessimismus verstärkt und die Aussichten für das Pfund verschlechtert. In Bankkreisen verlange man unverzügliches und energisches Anfassen der Schuldenfrage. Die Regierung sollte auf einer sofortigen und endgültigen Lösung bestehen, selbst auf die Gefahr hin, daß durch Abzug französischer Guthaben das Pfund zeitweilig geschwächt werde.

Internationale Handelskammer fordert Endregelung

Paris, 20. Jan. In einer Versammlung des Vollzugsausschusses der Internationalen Handelskammer, die heute in Paris stattfand, wurde ein Beschluß des Ausschusses für internationalen Zahlungsausgleich folgenden Inhalts bestätigt:

„Der Ausschuß für internationalen Zahlungsausgleich der IHK., der sich mit der Vertrauens- und Wirtschaftskrise befaßt, unter der die Welt immer mehr leidet, wiederholt und betont die bereits vor drei Monaten von ihrem Verwaltungsrat ausgesprochene Ansicht, die durch die bisher eingetretenen Ereignisse nur bestärkt worden ist, daß sich nämlich die Regierungen, um eine internationale Zusammenarbeit wirklich in die Tat umzusetzen, bemühen müssen, folgendes zu erreichen:

a) Eine effektive Politik der Abrüstung in einer Atmosphäre des Friedens.

b) Die Sicherung eines strengen Gleichgewichts der verschiedenen Staatshaushalte unter Ausschluß aller nicht notwendigen Ausgaben, um eine Herabsetzung der Steuerlasten auf den denkbar niedrigsten Stand herbeizuführen.

c) Eine endgültige Regelung der zwischenstaatlichen Schulden.

d) Eine Wiederherstellung der Währungsstabilität und der normalen Funktion der internationalen Kreditgewährung.

e) Die Befolgung einer Wirtschaftspolitik, die unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Erfordernisse eines jeden Landes letzten Endes zu einer freieren internationalen Bewegung der Menschen und zu einem freieren Austausch von Waren, Kapital und Dienstleistungen führt."

„Unverhüllter Hohn"

Berliner Blätter zur Regierungserklärung Lavals

Berlin, 20. Januar. Zu der scharfen Regierungserklärung Lavals, die sich gegen jede Streichung der Tribute und gegen jede Abrüstung richtet, nehmen vorläufig nur wenige Berliner Blätter ausführlich Stellung. Allgemein wird darauf hingewiesen, daß die Erklärung schlechte Aussichten für die kommenden Konferenzen eröffnet. Vor allen Dingen wird aber hervorgehoben, daß zum ersten Mal ein französischer Ministerpräsident und Außenminister zugegeben hat, daß die Tribute lediglich dazu da sind, dem deutschen Volke die Entfaltung seiner Fähigkeiten im friedlichen Wettbewerb mit anderen Völkern unmöglich zu machen. Die „Germania" bezeichnet die Einstellung Lavals zu den außenpolitischen Schicksalsfragen, Reparationen und Abrüstung, als wenig erfreulich. Das Blatt zweifelt, ob Frankreich für die Begründung seines Reparationsausschusses willige Ohren in der Welt finden werde. Der „Börsenkurier" überschreibt seinen Bericht: „Laval bleibt unnachgiebig". Die „Deutsche Allg. Ztg." schreibt: Mit klaren Worten ausgesprochen, laute das Ergebnis schon der bisherigen Vorbesprechungen einfach dahin: Die Tributfrage soll 1932 nicht geregelt werden. Mit unverhülltem Hohn werde der Plan der großen Schuldenstreichung weiter als ein utopisches Allheilmittel bezeichnet, als der Ausfluß eines Geisteszustandes, den Frankreich ablehne.

Die Pariser Blätter mit Laval zufrieden

Paris, 20. Januar. Die Regierungspresse und ein Teil der gemäßigten Blätter stimmen der Regierungserklärung Lavals rückhaltlos zu und bezeichnen die von Laval gezeichnete Politik als vorsichtig. Pertinax, der sonst selbst an der Haltung eines Kabinetts Laval noch zu kritisieren hat, erklärt, daß die von der Regierung gefundenen Formeln in der Reparationsfrage geradezu bewundernswert seien. Wenn es sich um die Verteidigung der geheiligten Rechte handele, stehe das ganze Land geschlossen hinter der Regierung. — Die Linkspresse zeigt sich über die unnachgiebige Haltung der Regierung wenig erfreut. Die radikalsozialistische „Republique" betont, daß man sich beim Lesen der Regierungserklärung des Eindrucks der tiefen Beunruhigung nicht erwehren könne. Es sei die alte Politik ohne Horizont und ohne Weitsichtigkeit, die Frankreich bereits zur Isolierung geführt habe.

Reichstagspräsident Löbe: „Schluß mit Tributen!"

Späte Einsicht bei der SPD.

Breslau, 20. Jan. Am Dienstagabend sprach in einer Kundgebung der SPD. Reichstagspräsident Löbe über die politische und wirtschaftliche Lage. Zur wirtschaftlichen Lage erklärte Löbe, daß wir jetzt zwar statt 7 Millionen „bloß" 5¼ Millionen Arbeitslose hätten, aber der niedrigste Punkt der Konjunktur werde stets erst im Februar erreicht. Während früher die internationale Verschuldung gegenseitig gewesen sei, stelle sie sich heute einseitig dar. Hieraus ergebe sich die Forderung nach Aufhebung der Reparationen.

Es sei das stete Streben der Sozialdemokratie gewesen, die Weltmeinung für den Gedanken einer Streichung der Tribute reif zu machen. Jetzt fordere auch die SPD.: Schluß mit den Reparationen, selbst wenn die Kriegsschuldenstreichung nicht gleich auf dem Fuße folge.

Brüning habe die Genesung Deutschlands durch eine übertriebene Sparpolitik herbeizuführen gesucht. Bereits in einem Vierteljahr würden sich die Folgen dieser Tendenz durch neue Lücken im Haushalt bemerkbar machen, wenn man nicht in vier Wochen auf diesem Wege abstoppe. Es sei in Deutschland eine Unmenge Arbeit vorhanden, die mit eigenen Rohstoffen und Arbeitskräften geleistet werden könne.

Der Redner streifte weiter Pläne, die dem Charakter einer Arbeitsdienstpflicht ähneln

und erklärte, daß die Auseinandersetzungen hierüber bald im Mittelpunkt des deutschen Interesses stehen würden. Da die bisherigen Bemühungen zu keinem Ziele gelangt seien, werde man sich neu entscheiden müssen. Diese Maßnahmen seien so gut und einsichtig zu treffen, daß eine Umstellung ohne große Opfer oder großes Blutvergießen vonstatten gehe.

*

Man könnte sich ja der dämmernden Erkenntnisse bei den Sozialdemokraten freuen, wenn sie nicht allzu spät kämen, so daß man fürchten muß, sie entspringen weniger sachlicher Ueberzeugung als agitatorischen Bedürfnissen. Um nicht die letzten Felle davontreiben zu lassen, fügt man sich der mächtig sich bekundenden Volksbewegung, die durch Deutschland geht. Aber ein Programm kann gut und schön sein, es ist unfruchtbar, wenn nicht der Geist dahintersteht, der es mit allen Opfern in die Tat umsetzt. Und diesen Geist kann man nicht von denen erwarten, die seit 13 Jahren Erfüllungspolitik treiben.

Entschließung der Eisenbahnergewerkschaften

Berlin, 20. Januar. Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer wendet sich mit allen deutschen Eisenbahnergewerkschaften angesichts der bevorstehenden Reparationsverhandlungen in einem Aufruf gegen den Gedanken von ausländischer Seite, die Deutsche Reichsbahngesellschaft zu verpfänden. Die materiellen und kulturellen Entbehrungen der deutschen Eisenbahner im vergangenen Jahrzehnt hätten nur deswegen ertragen werden können, weil die übermäßig hohen Reparationsbelastungen einmal, und zwar jetzt, ein Ende haben müßten. Die Reichsregierung wird gebeten, fest zu bleiben und den Kampf des um seine Existenz ringenden Eisenbahnpersonals zu unterstützen.

Der Königsberger Polizeipräsident dementiert . . .

Königsberg, 20. Januar. Nachdem am 18. Januar in Berlin die neue Notverordnung über das Tragen von kleinen Abzeichen bekanntgegeben und in den Königsberger und ostpreußischen Blättern mitgeteilt worden war, fanden am 19. Januar in Königsberg noch mehrere Verhaftungen wegen des Tragens angeblich verbotener Abzeichen statt. Das Polizeipräsidium ließ in einer Pressenotiz erklären, daß die durch die Presse gehende Meldung von der Aufhebung des Abzeichenverbots unrichtig sei. Erst heute, am 20. Januar, erscheint eine Pressenotiz des Polizeipräsidiums, daß nunmehr auch dem Polizeipräsidium in Königsberg durch einen Funkspruch bekannt geworden sei, daß die Abzeichen getragen werden können.

Preisauszeichnungszwang für Düngemittel im Kleinhandel. Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat eine neue Verordnung herausgegeben, die für Düngemittel im Kleinhandel den Gewichts- und Preisverzeichnungszwang vorschreibt.